

Basta!

Nr. 2 / April 2014

Basels starke Alternative

Die Zeit für einen Mindestlohn ist reif!

Mutationen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Es gibt wahrlich genug gute Gründe, die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften am 18. Mai 2014 anzunehmen. Nach der letzten nationalen Abstimmung vom Februar dieses Jahres mit der widrigen Annahme der Abschottungsinitiative wäre eine deutliche Annahme der Mindestlohninitiative ein notwendiges Zeichen der sozialen Schweiz.



Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) fordert einen flächendeckenden Mindestlohn von Fr. 22.00 pro Stunde. Dies entspricht einem Monatslohn von Fr.

4'000. Rund 330'000 Menschen arbeiten in der reichen Schweiz zu einem tieferen Lohn. Es betrifft vor allem Angestellte im Gastgewerbe, in der Reinigung, in der Pflege, Landwirtschaft und im Detailhandel. In der Mehrheit (rund 70%) sind Frauen von diesen Tieflohnen betroffen und es sind die typischen Branchen, wo keine Lohngleichheit besteht. Die Löhne der Frauen sind bei gleicher Arbeit oft tiefer als die der Männer. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in diesen Branchen in der Regel tief und Gesamtarbeitsverträge (GAV) sind kaum vorhanden. Die Mindestlohninitiative ist daher ein wirksames Mittel für Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern sowie für den Schutz der Löhne von uns allen.

Das Argument der Gegner, dass vor allem Jugendliche und nicht ausgebildete Personen von tieferen Löhnen betroffen sind, kann klar widerlegt werden. 77% der

Menschen, welche weniger als Fr. 4'000 in der Lohntüte haben, sind 25 Jahre und älter, 33% haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Starkes Land. Faire Löhne

Die Annahme der Mindestlohninitiative wäre ein wichtiger Schritt gegen die staatliche Subventionierung von Schandlöhnen mittels Sozialhilfe. Wer Vollzeit arbeitet, muss vom Lohn auch in Würde leben können. Es kann nicht sein, dass nach wöchentlichen 42 Stunden Arbeit im Detailhandel noch zusätzlich ein monatlicher Gang zur Sozialhilfe notwendig wird. Mit der Einführung eines Mindestlohns können viele Menschen, darunter etliche Familien mit Kindern, auf die Sozialhilfe verzichten, was Einsparungen von rund 100 Mio. Franken zur Folge hätte. Ein Mindestlohn ist der beste Schutz gegen Armut und Ausgrenzung und verhindert zu einem grossen Teil, dass Menschen trotz Arbeit (Working Poor) auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dieser Lohnschutz befreit sie vom moralischen Druck der Ämter, Arbeitsangebote zu Dumpinglöhnen anzunehmen, da diese nicht mehr erlaubt wären. Der Mindestlohn garantiert Würde und stärkt das Selbstwertgefühl von Menschen am Rande des Existenzminimums. Als ehemaliger

Mitarbeiter auf der Sozialhilfe Basel-Stadt sind mir viele Menschen begegnet, die zu unwürdigen Löhnen voll arbeiteten, deren Einkommen aber nirgends hinreichte. Die Situation, wo beide Elternteile voll arbeiten und jemand oder sogar beide einen Lohn unter dem Mindestlohn erhalten, stellt ein absolutes Armutszeugnis für die reiche Schweiz dar. Im Wissen, dass Armut oftmals erneute Armut produziert, stellt sich schon die Frage, ob wir diesen Sachverhalt noch länger akzeptieren möchten und nicht Gegensteuer geben wollen.

Der Mindestlohn stärkt zudem unsere Sozialwerke (z.B. AHV etc.) und fördert die Sozialpartnerschaft. Arbeitgeber, die korrekte und existenzsichernde Löhne ausbezahlen, werden durch die Mindestlohninitiative gegenüber den ausbeuterischen Billiganbietern geschützt und sind nicht weiter benachteiligt. Durch anständige Löhne werden im Alter zudem die Renteneinkommen verbessert.

Der Mindestlohn schützt die Einkommen aller Beschäftigten vor Dumpinglöhnen und gegenseitiger Konkurrenzierung. GAV- und Mindestlohn verhindern, dass Menschen aus anderen Staaten zu Tieflohnen arbeiten können und so das ganze Lohnniveau durch gierige Profitmaximierer hinunter gedrückt werden kann. Es braucht regelmässige Kontrollen der Gewerkschaften und der kantonalen Stellen, um den Schutz der ArbeitnehmerInnen garantieren zu können. Der Mindestlohn in den typischen Billiglohnbranchen schützt die arbeitende Bevölkerung gegenüber billigen Arbeitskräften aus dem Ausland.

Fortsetzung nächste Seite

Urs Müller ist, wie bereits bei seiner Wahl vor zwei Jahren angekündigt, am 3. April von seinem Amt als Präsident von BastA! zurückgetreten. Wir haben einige Exponentinnen und Exponenten von BastA! gefragt: Wie habt ihr Urs Müller wahrgenommen?



Aktion gegen die Auslagerung der BVB am 28.05.2005

134

So viele Espressi, schwarz und ohne Zucker, mögen es gewesen sein, die Urs bei uns getrunken hat. Begleitet von Debatten zum Zustand der Partei, dem Grossen Rat oder einfach nur schön vertrödelt. Und immer mal wieder die Anfrage, mich für ein Amt zur Verfügung zu stellen. Dass Urs stets an mich gedacht hat, hat mich gefreut. Das „daran denken“ oder die selbstverständliche Überlegung „was tun, jetzt wo Feuer im Dach ist“, steckt Urs in Fleisch und Blut. Er war zusammen mit Beat Jans der Architekt der linken Zusammenarbeit, er wirkt hinter den Kulissen als Vermittler zwischen Polizei und Demo-Teilnehmenden oder in Sachen Rosenau. Das zeigt, dass das oft in den Medien gezeichnete Bild vom „roten Urs“, gemeint dem angriffigen Parteipolitiker, unvollständig ist. Hingegen stimmt, Urs hat konsequent mit klaren, linken Positionen politisiert. Kurz: Er war der ideale Parteipräsident für BastA!. Herzlichen Dank und hoffentlich weiterhin „schwarz und ohne Zucker“!

Irene Amstutz

Lieber Urs,

wir fuhren früher nach Handballspielen öfters eine Strecke zusammen. Heimwärts auf unseren Fahrrädern. Bis die Wege sich trennten. Dann plauderten wir noch eine Weile. Über Sport, Persönliches und Politik. Wir verstanden uns gut. Wie auf dem Spielfeld. Du bist ein solidarischer und weitsichtiger Mensch. Vielleicht warst Du später - bei all Deinen Ämtern - zuweilen etwas strenger. Aber ich kenne Dich. Und schätze Deine offene und kritische Haltung sehr. Hab Dank für alles.

*Herzlich
Ueli Mäder*

Politischer Weggefährte und Freund

Mit dem Rücktritt von Urs als Parteipräsident geht eine Aera zu Ende. Urs hat BastA! in der Öffentlichkeit ein Gesicht gegeben, lange bevor er zum Präsidenten gewählt wurde. Dank seinen vielen Kontakten und seiner enormen Dossierkenntnis war er für Medienschaffende ein beliebter Ansprechpartner. Urs verfügt aber auch über einen sicheren politischen Instinkt. Er weiss, wann die Zeit reif ist, ein Thema aufzugreifen oder auf eine Entwicklung zu reagieren. Als Beispiel sei die Petition „Hände weg vom U-Abo“ erwähnt, eine von vielen Ideen, die Urs eingebracht und BastA! aufgegriffen hat. Ich habe sehr gerne mit Urs zusammengearbeitet. Er ist für mich nicht nur ein politischer Weggefährte, sondern auch und vor allem ein Freund. Ich bin froh, dass BastA! weiterhin auf seine politische Erfahrung zählen kann, und freue mich auch künftig auf seine Besuche bei mir auf dem Sekretariat.

Martin Flückiger, Parteisekretär

Mindestlohn (Fortsetzung)

Statt einer Kontingentierung der Einwan-
rung braucht es einen Mindestlohn, um auf Schwierigkeiten, wie sie im Tessin herrschen, antworten zu können. So besteht die Möglichkeit, der aufsteigenden Fremdenfeindlichkeit und der gegenseitigen Kon-

Unser erster Präsident

In der Öffentlichkeit wird Urs als der mit dem roten Kittel wahrgenommen. Es wäre jedoch ganz falsch, Urs auf seine farbige Präsenz in den Medien zu reduzieren. Nicht, dass an seinen öffentlichen Auftritten etwas zu bemängeln wäre, im Gegenteil. Urs hat die Anliegen von BastA! immer pointiert vertreten. Was ihn aus meiner Sicht auszeichnet, ist der Mut, die Lust und die Leichtigkeit, auch politisch sehr umstrittene Anliegen zu vertreten. So war er beim Referendum gegen die Spitalauslagerung an vorderster Front dabei, ebenso beim Claraturm-Referendum.

Das Themenspektrum von Urs ist sehr breit: Trinkwasser, Gesundheit, Gefängnisse, Sozialhilfe, Überwachung, Polizei, Matthäusquartier, Erlenmatt, Tram und weiteres mehr. Seine Vernetzung in der Stadt ist sehr dicht: Vom Journalisten oder Verwaltungsmitarbeiter bis zu der Besetzerszene. Dies führt dazu, dass Urs immer weiss, welche Themen aktuell sind oder an Aktualität gewinnen könnten. Davon hat BastA! nur profitieren können.

Urs wollte ursprünglich das Amt des Präsidenten nicht alleine ausüben. Ihm wäre ein Co-Präsidium lieber gewesen. Er hat auch immer deklariert, er als BastA!-Präsident ein Auslaufmodell, er verstehe sich als Übergangslösung: BastA! müsse einen Generationenwechsel in die Wege leiten. Die Zeit als erster Präsident von BastA! ist nun vorbei, und sein Wunsch ist in Erfüllung gegangen: Mit Heidi und Tonja wird ein Generationenwechsel vollzogen. Urs und sein roter Kittel werden jedoch nicht einfach von der Bildfläche verschwinden. Er bleibt Grossrat und Mitglied der Koordination. Wir werden weiterhin von ihm hören, aber auch von seiner Dossierkenntnis und seiner Erfahrung profitieren!

Patrizia Bernasconi

kurrenzierung die Grundlage zu entziehen. Vielleicht führt es mit der Zeit sogar wieder zu einer höheren Solidarisierung unter den Arbeitnehmenden.

Es geht mit der Mindestlohninitiative um eine traditionelle Umverteilung vom Kapital in Richtung Arbeit – also von den AktionärInnen zu den Angestellten – und dieser „Apfel“ muss nun geerntet werden, denn er ist längst überreif!

Oliver Bolliger

BastA! hat ein neues Co-Präsidium

An der Jahresversammlung vom 3. April hat BastA! Heidi Mück und Tonja Zürcher als Co-Präsidentinnen gewählt. Wir haben die beiden Frauen interviewt.

Herzliche Gratulation zu eurer Wahl als Co-Präsidentinnen von BastA! Heidi, wer ist Tonja? Tonja, wie erlebst du Heidi? Könntet ihr eure spontanen Eindrücke den BastA!-Mitglieder in ein paar Sätzen mitteilen?

Heidi: Tonja ist eine junge, unerschrockene Frau, hat eine fundierte Haltung und äussert ihre Meinung klar, hat etwas Freches und – ganz wichtig – sie hat Humor.

Tonja: Heidi ist sehr umgänglich – nicht nur mit Gleichgesinnten, sondern auch mit politischen GegnerInnen – sie ist angriffig, aber anständig und bringt Sachen auf den Punkt. Sie kann auch mit Menschen, die nicht so „einfach“ sind, gut umgehen und weiss über enorm viele Bereiche Bescheid. Ich staune immer wieder, wo sie überall engagiert ist oder war.

Ihr übernehmt das BastA!-Präsidium von Urs Müller. Heisst das konkret: Was bisher ein Mann als Präsident allein schaffte, können Frauen nur zu zweit?

Tonja: Nein. Es heisst wir werden es doppelt so gut machen! Scherz beiseite: Es geht nicht darum, alles gleich zu machen wie bisher. Wir haben teilweise eine andere Herangehensweise.

Heidi: BastA! ist jetzt in einer anderen, ja schwierigeren Situation als bei der Wahl von Urs: Die Fraktion ist am „Auslaufen“, das Profil zu wenig klar, es braucht jetzt zwei Personen mit verschiedenen Erfahrungen fürs Präsidium.

BastA! hat nun zum ersten Mal ein Co-Präsidium. Welches sind die Vorteile und evtl. Nachteile eines Co-Präsidiums?

Tonja: Ich sehe fast nur Vorteile: Der Austausch von zwei Personen, die verschiedene Hintergründe haben, Heidi bringt Erfahrungen aus dem Grossen Rat und der Gewerkschaftsarbeit mit, ich aus dem Umweltbereich. Einziger Nachteil könnte sein, dass es nicht nur eine Ansprechperson gibt.

Heidi: Ich sehe es so wie Tonja. Eine Gefahr könnten „Hennenkämpfe“ sein, im Stil: wer kommt mehr in die Medien? Diese Gefahr sehe ich jedoch nicht, da ich mir zum Ziel gesetzt habe, Tonja eine Plattform für die Öffentlichkeitsarbeit zu geben.

Wie gedenkt ihr, die Präsidiumsaufgaben aufzuteilen? Wer ist wofür zuständig? Wird es eine Innen- und eine Ausenministerin geben?

Tonja: Wir werden sie thematisch aufteilen, d.h. je nachdem, welche wo besser Bescheid weiss.



Heidi: Wir haben schon in dieser kurzen Zeit die Erfahrung gemacht, dass wir gut harmonieren und wenige Absprachen nötig sind.

BastA! braucht – wie alle anderen Bewegungen und Parteien – Nachwuchs. Habt ihr Ideen, wie jüngere Frauen und Männer für die aktive Mitarbeit gewonnen werden können?

Tonja: Es hat jetzt schon junge Frauen und Männer, die für BastA! sympathisieren, z.B. in den Jungparteien, den NGOs oder den Gewerkschaften. Dort können wir sie „abholen“...

Heidi: Wir wohnen beide im Quartier Kleinhüningen/Klybeck. Dort äussern wir uns immer pointiert und unbestechlich, wir zeigen den Leuten, zum Beispiel bei unserem Engagement bei der Klybeckinsel, dass wir auf ihrer Seite stehen. So sehen die (jungen) Menschen, dass sie bei BastA! richtig sind.

Wie stellt ihr euch die weitere Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern Grüne und SP vor?

Tonja: Das ist für mich noch offen, aber klar ist, dass BastA! ihre

Positionen unabhängig vertreten muss. Der nächste Wahlkampf sollte anders verlaufen als der letzte, es darf auch keine Automatismen bei den Bündnisgesprächen mehr geben. Unsere Partei und unsere Positionen müssen deutlicher erkennbar werden.

Heidi: Wir arbeiten momentan gut in der Fraktion Grünes Bündnis zusammen. Wir müssen uns aber rechtzeitig Überlegungen zur künftigen Zusammenarbeit machen, nicht erst kurz vor den Wahlen.

Welche Erwartungen habt ihr als Co-Präsidentinnen an die Mitglieder von BastA!?

Tonja: Ich habe die Erwartung, dass sich BastA! weiterhin getraut, unpopuläre und mutige Haltungen einzunehmen, wie aktuell mit dem Nein zur Pädophileninitiative. Ich wünsche mir, dass sich BastA!-Mitglieder stärker in Strategiediskussionen einmischen und auch kritisch die Meinung von Co-Präsidium und Koordination hinterfragen.

Heidi: Ich höre oft die Kritik, das Profil von BastA! werde nicht mehr wahrgenommen, BastA! soll dieses und jenes machen. Diese „kritischen“ Mitglieder sollten auch mithelfen, uns in unseren Positionen zu stärken, z.B. indem sie an die Koordinationsitzungen kommen, die ja offen sind für alle Mitglieder oder sich sonst durch aktive Mitarbeit in die politische Diskussion einbringen.

Liebe Co-Präsidentinnen, wir wünschen euch viel Freude und Erfolg!

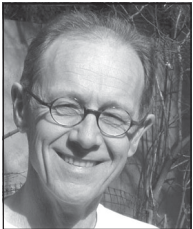
Das Interview führten Patrizia Bernasconi und Karin Haeblerli



Deutschland in Sorge

Ja zur Hausarztmedizin

Die Zukunft der hausärztlichen Versorgung ist in kurzer Zeit zu einem breit diskutierten Thema geworden. Die Grundversorgung sah sich zunehmend an den Rand gedrängt, die Attraktivität des Berufs nahm ab, der Nachwuchs blieb aus. In Randgebieten konnten zunehmend keine NachfolgerInnen für Praxen gefunden werden. Die Einkommen verschlechterten sich.



Mit einer Grossdemonstration in Bern am 1.4.2006 gingen 10'000 Grundversorger, HausärztInnen, KinderärztInnen und AllgemeininternistInnen auf die Strasse, um auf diese Probleme aufmerksam zu machen und Forderungen zur Verbesserung zu stellen. Die Lancierung einer Volksinitiative wurde diskutiert. Die Senkung des Labortarifs auf Anfang 2009 gab den Vorbereitungen eine zusätzliche Dynamik: Anfang September wurden die ersten Unterschriften gesamt-

me aufmerksam zu machen und Forderungen zur Verbesserung zu stellen. Die Lancierung einer Volksinitiative wurde diskutiert. Die Senkung des Labortarifs auf Anfang 2009 gab den Vorbereitungen eine zusätzliche Dynamik: Anfang September wurden die ersten Unterschriften gesamt-

melt, am 1.4.2010 die Initiative mit über 200'000 Unterschriften eingereicht. Hauptforderungen waren: Förderung der Hausarztmedizin, der Ausbildung, der Forschung, des Zugangs und der Versorgung. Die Initiative wurde vom Parlament abgelehnt zugunsten eines Gegenvorschlages, der die Hauptanliegen aufnimmt, verknüpft mit einem „Masterplan Hausarztmedizin und Grundversorgung“, der Ausbildung, Finanzierung und bessere Tarife regelt. Die Initiative wurde am 2.10.2013 zurückgezogen. Am 18.5.2014 stimmen wir über den Gegenvorschlag ab. Dieser ist unbedingt anzunehmen.

Nicht alle Probleme der medizinischen

Grundversorgung sind mit Gegenvorschlag und Masterplan gelöst: Sicher sind Verankerung der Hausarztmedizin an den Universitäten, Forschung in Bereichen der Grundversorgung und finanzielle Besserstellung wichtige Voraussetzungen, um mehr junge ÄrztInnen in die Grundversorgung zu bringen. Doch es bleiben die Notfalldienste, die Einzel- oder Kleingruppenpraxen, der ungehinderte Zugang zu Spezialisten sowie der nach wie vor zunehmende Graben zwischen (Sub)Spezialisten und Grundversorgern. Die (technischen) Möglichkeiten der spezialisierten Medizin faszinieren und geben das Gefühl von Sicherheit gegenüber dem weiten Feld der Grundversorgung. Ein Gatekeeping (wie z.B. in Holland oder Grossbritannien, funktioniert ähnlich wie das Basler Hausarztmodell) würde die Position der Grundversorgung aufwerten. Strukturierte Weiterbildungscurricula für angehende HausärztInnen wären hilfreich. Für diese Forderungen braucht es jedoch staatliche Eingriffe, die in der Schweiz z.Zt. keine Chance haben.

Trotzdem: Ja zum Bundesbeschluss über die Medizinische Grundversorgung!

Daniel Gelzer, Hausarzt

Pädophilen-Initiative: der Gegenvorschlag ist besser!

Abstimmung 18. Mai 2014

Am 18. Mai 2014 wird das Stimmvolk über die Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» abstimmen.



Die Initiative verlangt ein lebenslangliches Berufs- und Tätigkeitsverbot für verurteilte Pädophile, die Berufe oder Hobbys mit Kindern ausüben. So soll sichergestellt werden, dass

verurteilte Pädophile nie mehr im Berufsleben mit Kindern und Jugendlichen oder abhängigen Personen arbeiten.

Das Parlament hat keine Abstimmungsempfehlung beschlossen. Es verabschiedete hingegen eine Änderung des Strafgesetzbuches als indirekten Gegenvorschlag zu dieser Initiative. Damit will das Parlament die Mängel im Initiativtext beheben und eine rasche Umsetzung des Anliegens der Initianten bewirken. Das Gesetz über das Tätigkeitsverbot, wie der Gegenvorschlag heisst, wird voraussichtlich Anfang 2015 in Kraft treten.

Auch wenn die Ziele von Gesetz und In-

itiative die gleichen sind, unterscheiden sie sich in ihrer Ausgestaltung. Die Initiative will verurteilten Pädophilen in jedem Fall ein lebenslanges Berufsverbot auferlegen, ohne richterliche Beurteilung im Einzelfall. Die Gerichte haben mit der Annahme der Initiative keinen Ermessensspielraum mehr. Sie müssten bei jeder Verurteilung – unabhängig vom Strafmass – zwingend ein lebenslanges Tätigkeitsverbot anordnen. Dies wäre ein Automatismus, welcher gegen den in der Bundesverfassung und im Völkerrecht verankerten Grundsatz der Verhältnismässigkeit verstösst.

Das vom Parlament ausgehandelte Gesetz hingegen verhängt das Berufs- und Tätigkeitsverbot differenzierter. Es sieht bei schweren Sexualdelikten an Minderjährigen und Abhängigen ein zehnjähriges Berufsverbot vor. Dieses kann jeweils um fünf Jahre und bei gefährlichen Tätern auf lebenslang verlängert werden.

Der indirekte Gegenvorschlag umfasst im Gegensatz zur Initiative nicht nur das

gesetzliche Berufs- und Tätigkeitsverbot bei Sexualverbrechen, sondern allgemein bei Gewaltverbrechen und Vergehen gegen Minderjährige und Abhängige. Der Schutz der Kinder wird somit auch auf andere als nur sexuelle Übergriffe ausgeweitet. Auch regelt das Gesetz das Kontakt- und Rayonverbot. So kann einem verurteilten Pädophilen verboten werden, sich rund um Pausenplätze, Schwimmbäder und Kindergärten aufzuhalten. Hier geht der Gegenvorschlag weiter als die Initiative.

BastA! empfiehlt daher, die Initiative unbedingt abzulehnen. Denn wenn in einem Bereich rechtsstaatliche Grundsätze verletzt werden, ist zu befürchten, dass man es auch in anderen Bereichen nicht mehr so genau nimmt. Und das ist gefährlich. Der indirekte Gegenvorschlag geht weiter, kann schneller umgesetzt werden und ist wesentlich besser als die Initiative. Der Gegenvorschlag tritt allerdings nur in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt wird.

Sibel Arslan



junges grünes bündnis
nordwest

Abstimmung über einen Papierflieger

Die Jungen Grünen waren tragende Kraft im Referendumskomitee gegen die Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen, worüber wir am 18. Mai 2014 abstimmen.



Bürgerliche Paranoia

Die Befürworter argumentieren mit der Sicherheit, der Glaubwürdigkeit der Armee und der Landesverteidigung, kurz mit dem Slogan: „Wir brauchen den Gripen!“ – Doch stimmt das wirklich? Ist es anstatt der Schweiz nicht vielmehr die Rüstungsindustrie, die den Gripen „braucht“? Die Arbeit der Rüstungslobby scheint im Parlament jedenfalls gewirkt zu haben, denn die Befürworter haben offenbar vergessen, dass wir von Freunden umzingelt sind. Die Schweiz besitzt eine Flotte mit 32 kürzlich aufgerüsteten F/A-18-Jets, welche die Sicherheit des Luftraums gewährleisten. Zudem könnte die Schweiz auf der Grundlage einer realistischen Gefahrenanalyse Kooperation in der Luftraumsicherung mit umliegenden Ländern prüfen.

Fehlinvestition und Umweltbelastung

Die Beschaffung ist daher purer Luxus, denn zum Kaufpreis von über 3 Milliarden für die 22 Flieger kommen während deren Lebensphase für Instandhaltung, Weiterentwicklung, Nachrüstung weitere Milliarden hinzu. Zudem handelt es sich um eine unsichere Investition, da der Gripen erst auf dem Papier besteht, der Vertrag über 10 Jahre läuft und sich die Schweiz damit in Abhängigkeit der Firma Saab begibt.

Anlass zur Kritik gibt auch das Evaluationsverfahren des VBS: Selbst Befürworter von neuen Kampfjets lehnen den Gripen ab, da es überzeugendere Alternativen gäbe. Anstatt soviel Geld für diese unnötige

Aufrüstung auszugeben, sollte sich die Schweiz dringenderen Problemen zuwenden, wie der Energiewende, den Folgen des Klimawandels oder in die Sicherheit vor Internetangriffen investieren. Hinzu kommt, dass sich durch den Kauf nicht nur Steuergelder in der Luft auflösen, sondern auch der massive CO₂-Ausstoss der Kampfjets.

Für das junge grüne bündnis nordwest ist daher klar, dass es den Gripen nicht braucht, da er weder sicherheitspolitisch notwendig noch finanzpolitisch zu verantworten ist.

Weitere Informationen und Argumente auf:
<http://stop-gripen.ch> und www.jungegruene.ch

Abstimmungsparolen auf einen Blick

a) Kantonale Vorlagen:

Ja zum Tram Erlenmatt
Stimmfreigabe zur Volksinitiative
„Grossbasler Rheinuferweg jetzt!“

b) Eidgenössische Vorlagen:

Nein zum Gripen-Fonds-Gesetz
Ja zur Mindestlohn-Initiative
Ja zum Gegenvorschlag zur Initiative „Ja zur Hausarztmedizin“
Nein zur Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“.

c) Ersatzwahl Conti: Keine Wahlempfehlung



Neue Gesichter beim jgb nordwest

An der Jahres-MV im Januar 2014 wurden Vorstand und Präsidium neu gewählt. Der Vorstand setzt sich zusammen aus (auf dem Foto von links) Bálint Csontos (bisher), Lukas Joppen (neu), Anna Ott (neu), Laura Schwab (bisher), Eva Strub (bisher), Sophie Bischoff (bisher), Victor Bättig (neu), Meret Rehmann (bisher), Oliver Brüderli (bisher) und Reja Wyss (neu, nicht auf dem Bild). Das Co-Präsidium wird seit Februar 2014 von Eva Strub (bisher) und Victor Bättig (neu) geführt. Laura Schwab sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement im Präsidium gedankt.

Basler Tramnetz weiter entwickeln

Abstimmung Erlenmattram

Immer, wenn Tramprojekte zur Diskussion stehen resp. zur Abstimmung kommen, sind die Kosten zentraler Punkt der Debatte. Am 18. Mai steht wieder einmal eine Volksabstimmung an. Wir stimmen dann über das Tram vom Badischen Bahnhof zur Erlenmatt ab.

Vorweg zwei Bemerkungen, welche für die kommenden Debatten wichtig sind.

1. Im Vorfeld der Erlenmattabstimmung vom 27. Februar 2005 wurde uns versprochen, dass das neue Stadtquartier mit einer Tramlinie an den ÖV angeschlossen werde. In den Diskussionen rund um den Tramnetzplan 2020 war u.a. von einer Tramlinie vom Bahnhof SBB via Badischer Bahnhof, Riehenring, an der Erlenmatt vorbei nach Kleinhüningen die Rede.

2. Die Sanierungskosten für die Autobahn sowie die Erneuerung gewisser Quartierstrassen, um die es in der Vorlage auch geht, stehen ohnehin an.

Die Kosten für das Tram vom Badischen Bahnhof in die Erlenmatt sind mit Fr. 27, 2

Mio. Franken veranschlagt. Davon übernimmt der Bund rund 10 Millionen.

Der Strassenbau inkl. Sicherungsmassnahmen am Tunnel der Autobahn in der Schwarzwaldallee kosten Fr. 32 Mio. Dazu kommen noch rund 5 Mio. Franken für die Gestaltung rund um den Badischen Bahnhof (ohne Veloparking). Zurecht kommt bei solchen Projekten immer die Frage nach Kosten und Nutzen auf. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben gar nicht dem Tram zugute kommt, sondern dazu dienen soll, dass der Autoverkehr weiter gut fliessen kann.

Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage werden bestimmt argumentieren, über 60 Mio. Franken für das Erlenmattram sei zu viel. Dass diese Argumentation verfehlt ist, habe ich eben dargelegt. In Wirklichkeit kostet der geplante Ausbau des Tramnetzes den Kanton weniger als 20 Millionen Franken. In Genf, Bern und in Zürich sind in den letzten 10 Jahren verschiedene neue Tramlinien mit unklarem Zukunftspotenzial gebaut worden und sind alle erfolgreich. Über Erwarten viele Leute nut-

zen die neuen Angebote. Kurz: Das Tram hat eine Zukunft und gehört zu Basel.

Ich habe mich vor nicht allzu langer Zeit über den Grössenwahn im Zusammenhang mit der S-Bahn-Planung im Kanton Basel-Stadt ausgelassen. Wenn wir überzeugt sind, dass das „Herzstück“ (unterirdische S-Bahn-Verbindung zwischen dem Bahnhof SBB und dem Badischen Bahnhof) für Basel eine Schuhnummer zu gross ist, brauchen wir eben den Ausbau des Tramnetzes. Das Erlenmattram, der Rochebogen und das Feldbergtram 30 über die Johanniterbrücke kosten einen Klacks im Vergleich zum geplanten Herzstück.

9 Jahre lang mussten wir warten, bis nun endlich das im Vorfeld der Erlenmattabstimmung gemachte Versprechen eingelöst werden soll! Wir müssen uns bewusst sein, dass das Erlenmattram nur ein erster Schritt ist. Wenn wir diesen Schritt nicht machen, sind auch die anderen Ausbauprojekte gefährdet. Deshalb müssen wir unbedingt ein Ja in die Urne werfen, ein Ja für das grüne Drämmli (wenn es nur immer grün wäre), ein Ja für den Ausbau des Tramnetzes.
Urs Müller

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.–
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31



Guy Krneta

Politik braucht Kultur. BastA!

Veranstaltung mit der Formation
«Bern ist überall»

Mittwoch, 30. April 2014,
im Marionettentheater,
Münsterplatz 8.
Ab 19 Uhr: Apéro.
Vorstellungsbeginn 19.30 Uhr.

Eintritt Fr. 40.— (inkl. Apéro)

Es treten auf:
Ariane von Graffenried (Text),
Guy Krneta (Text)
und Michael Pfeuti (Bass).

Impressum: Nr. 2/April 2014. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel. Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel